

Wir wollten in der Wahrnehmung der Rechte der noch nicht-wiederhergestellten Länder spätestens 120 Tage nach Abgabe unserer Erklärung dafür sorgen, daß diese Länder nun endlich hergestellt werden und handlungsfähig werden und nicht durch Regierungskommissare schlecht und recht verwaltet werden.

(Vereinzelt Beifall bei Bündnis 90/Grüne und PDS)

Es war unser Anliegen, auf die strikte Wahrung der Menschen-, Bürger- und Eigentumsrechte der Bürgerinnen und Bürger der DDR zu achten, so wie sie am Tage des Inkrafttretens dieses Beschlusses, nämlich heute, stehen und mit der Maßgabe, daß nach Abgabe dieser Erklärung, so wie wir es vorhaben, unverzüglich Verhandlungen zwischen den Parlamenten - ich betone: zwischen den Parlamenten und erst dann den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland - über die Bedingungen des Beitritts aufzunehmen sind. Und ich denke, es geht nicht an, daß eine so wesentliche Sache für das Leben unseres Volkes wie dieser Einigungsprozeß von der Regierung gestaltet wird, ohne daß die Parlamente in ausreichender Weise einbezogen sind.

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne und PDS)

Ich hoffe, daß ich Ihnen habe deutlich machen können, weshalb wir Artikel 23 anwenden wollten. Es ist der Versuch, das, was jetzt ins Trudeln gekommen ist durch die unverantwortliche Politik der Koalition,

(Unruhe im Saal und Pfui-Rufe)

wieder geradezurücken, das Schiff wieder auf geraden Kurs zu bringen,

(Gelächter bei CDU/DA und DSU)

Politik zu gestalten.

(Beifall, vor allem bei Bündnis 90/Grüne und PDS)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage? Dann zunächst der Abgeordnete Eimer von der SPD.

Dr. Eimer (SPD):

Herr Weiß, ist es erlaubt, Ihr verfaßtes Vorhaben, heute nach Artikel 23 der Bundesrepublik beizutreten, als eine Art Trotzreaktion zu interpretieren,

(Beifall bei der CDU/DA und SPD)

bei der man bekanntlich von einem Extrem ins andere fällt?

(Heiterkeit und Beifall, vor allem bei CDU/DA und SPD)

Weiß (Bündnis 90/Grüne):

Ich erlaube Ihnen jede Interpretation.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Kney (Die Liberalen):

Herr Weiß, ich werde den Eindruck nicht los, daß Sie doch eine gewisse Gedankenspaltung hier erkennen ließen in Ihrem Beitrag. Einerseits sagen Sie,

(Zwischenrufe: Eine Frage!)

es gibt eine gewisse Hast oder Hatz zur deutschen Einheit, andererseits treiben Sie ja selbst mit Ihrem Beitrag auf Artikel 23 zu schnellem Zusammenschluß. Frage: Unser Ministerpräsident ist aufgefordert worden, sich zu erklären, wie er zur Koalitionsaussage steht. Ich möchte Sie fragen, wie Sie zu unserer freigewählten Regierung stehen?

(Beifall, vor allem bei Liberalen und CDU/DA)

Weiß (Bündnis 90/Grüne):

Ich sehe gegenwärtig keine Notwendigkeit, dieser Regierung mein Mißtrauen zu erklären.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin selbstverständlich, das wird Sie nicht überraschen, in Opposition zu dieser Regierung. Aber das gehört ja zu einem anständigen Parlament dazu.

(Beifall, vor allem bei der SPD)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Als nächster spricht der Abgeordnete Reich.

(Zwischenrufe: Die Redezeit ist um!)

Die Verhandlungsführung müssen Sie uns schon überlassen. Ich habe extra vor dem Beitrag erklärt, daß sich die beiden das teilen wollen. Die Zwischenfragen haben die Redezeit verlängert, aber trotzdem hat jetzt der Abgeordnete Reich das Wort.

Prof. Dr. Reich für die Fraktion Bündnis 90/Grüne:

Herr Präsident! Verehrte Abgeordnete! Es geht hier um Grundfragen unseres Landes. Darüber sind wir uns sicher alle einig.

In Grundfragen gibt es in unserer Fraktion Meinungsverschiedenheiten, und in solch prinzipiellen Fragen sind wir der Meinung, daß die Meinungsverschiedenheiten so, wie sie da sind, auch ausgedrückt werden sollen. Wir haben keinen Fraktionszwang.

(Beifall beim Bündnis 90/Grüne und PDS)

Die Mehrheit unsere Fraktion hätte diesen interfraktionellen Antrag nicht getragen. Ich will dazu einige Motive sagen.

Wir wollen die deutsche Einheit nicht als Kaiserschnitt in Narkose erleben.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall)

Wir wollen sie nicht vollzogen haben mit einem Antrag, in dem ein einziger Satz drinsteht. Wir brauchen eine Reihe von Vorbedingungen, die unbedingt gesichert sein müssen, bevor man das verantwortlich angreifen kann.

Dazu gehört die Sicherung der polnischen Westgrenze, unserer Ostgrenze.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Grüne und bei der PDS)

Dazu gehört die Definition des Sicherheits- und militärischen Status des zukünftigen Deutschland,

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne und PDS)

den wir nicht ohne unsere Nachbarn festlegen können.

Dazu gehört, daß die Verfassungsbildung des zukünftigen Deutschlands geregelt ist, unserer Auffassung nach wie in der Präambel und im Artikel 146 des Grundgesetzes und nach einem Volksentscheid, denn wir sind der Meinung, daß die Volkammer auch mit der Wahl vom 18. hierfür nicht legitimiert ist.

(Lebhafter Beifall bei Bündnis 90/Grüne und PDS)

Wir brauchen eine Sicherung der föderalen Struktur Deutschlands, also der Länderbildung, und wir brauchen eine Sicherung der Wahlbedingungen, daß es nicht zur Elimination der Kräfte des Herbstes kommt.

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne und PDS)

Und wir sind nicht bereit, als Blankoscheck den beiden deutschen Regierungen die Durchsetzung dieser Prämissen zu übergeben. Wir wollen als Parlament daran teilnehmen und vor jeder Vereinigung auch das Kleingedruckte sehen. In einem einzigen Satz können wir die deutsche Vereinigung nicht vollziehen.

(Bravo! bei der PDS - Beifall beim Bündnis 90/Grüne, bei der PDS und bei der SPD)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Als nächster spricht für die Fraktion der DSU der Abgeordnete Walther. - Die Redezeit soll hier auch halbiert werden, ich sage es vorher.

Prof. Dr. Walther für die Fraktion der DSU:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wann, wenn